

Ein Prime Tower an Reporting

MITGLIEDERUMFRAGE ZUR NACHHALTIGKEITSBERICHTERSTATTUNG

02.02.2025

Das Wichtigste in Kürze:

1. **Die Wirtschaft hat sich ambitionierte Nachhaltigkeitsziele gesetzt.** Diese zu erreichen wird jedoch ein Kraftakt und erlaubt keine Fehler.
2. **Die Last von immer weitergehenden Berichterstattungspflichten im Nachhaltigkeitsbereich gerät in den Fokus der internationalen Debatte.** Dabei stellt sich die Frage, ob die Berichterstattung über das vernünftige Mass hinausgeschossen ist. Denn Berichterstattung bindet Mittel. Mittel, die dann für die eigentlichen nachhaltigen Projekte fehlen.
3. **economiesuisse hat erstmals versucht zu quantifizieren, wie hoch die Regulierungslast wirklich ist.** Dafür haben wir eine Umfrage bei über 400 Unternehmen gemacht und internationale Studien verglichen. Die Ergebnisse sind überraschend klar:
 1. Regulierungslast wird als **grösstes Konjunkturrisiko gesehen**, zusammen mit geopolitischen Spannungen.
 2. Würde man die jährliche Berichterstattung aufeinanderstapeln, ergäbe sich ein **Turm höher als der Prime Tower**.
 3. Dies beschäftigt **mehrere Zehntausend Arbeitskräfte**, die wertschöpfenden Tätigkeiten entzogen werden, und mehrere Hundert Millionen Franken Umsetzungskosten – pro Jahr.
4. Damit wird klar: **Die Regulierungslast hat die Schmerzengrenze überschritten und bremst die Transition aus, die sie eigentlich bewirken will.** Dabei verschärft sie auch noch andere Probleme, wie den Fachkräftemangel / Zuwanderung.
5. Die Wirtschaft steht nach wie vor uneingeschränkt hinter den von ihr gesetzten, ambitionierten Zielen. **Aber dafür muss ihr der Weg erleichtert, statt Steine in den Weg gelegt werden.** Die Wirtschaft fordert eine Verschlinkung bestehender Regulierungen, die Unterstützung von flexiblen Lösungen und eine kritische Prüfung neuer Regulierung. Kein Swiss Finish reicht nicht mehr – die Schweiz muss einen schlanken, transparenten und wirkungsorientierten Sonderweg gehen.

Zusammenfassung.....	3
1 Worum geht es?.....	4
2 Regulatorische Entwicklungen.....	4
- Schweiz.....	5
- Europäische Union.....	5
- USA.....	8
3 Umfrageergebnisse und Schätzungen.....	9
- Internationale Erkenntnisse.....	9
- Umfrageergebnisse.....	9
- Hochrechnung.....	12
- Annahmen und Limitationen der Schätzung.....	12
- Diskussion.....	13
4 Ausblick.....	13

Zusammenfassung

- Nachhaltigkeit ist eine Toppriorität der Schweizer Unternehmen. Die Transition ist für die Gesellschaft und die Wirtschaft eine der grössten Herausforderungen dieses Jahrhunderts und bedarf eines ambitionierten, effizienten und transparenten Vorgehens. Zurecht fordern Politik und Gesellschaft verlässliche Daten zur Nachhaltigkeitstransition, um den Fortschritt zu messen. Allerdings nehmen die Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung kontinuierlich zu und sind, vor allem im europäischen Ausland, in den Fokus der öffentlichen Debatte gerückt. Dabei stellt sich die Frage, ob die Berichterstattung über das vernünftige Mass hinausgeschossen ist. Denn Berichterstattung bindet Mittel, die dann für die eigentlichen nachhaltigen Projekte fehlen. Damit ist zentral, dass die Berichterstattung zielfokussiert ist. Ansonsten laufen übermässige bürokratische Anforderungen in Gefahr, die Transition auszubremsen, die sie zu messen suchen. Allerdings fehlen Zahlen zum tatsächlichen Ausmass der Nachhaltigkeitsberichterstattung in der Schweiz, um diese Problematik evidenzbasiert zu diskutieren.
- economiesuisse hat deshalb versucht, das Ausmass der Nachhaltigkeitsberichterstattung (sog. «ESG-Reporting») basierend auf dem aktuellen Stand der Gesetzgebung zu eruieren. Dafür wurden über 400 Schweizer Unternehmen und Branchenverbände im Rahmen der jährlichen Konjunkturumfrage von economiesuisse zu diesem Thema befragt und die Ergebnisse mit Erkenntnissen internationaler Studien abgeglichen.
- Die Analyse zeigt, dass Nachhaltigkeitsberichterstattung in der Schweiz erhebliche Ausmasse angenommen hat. Die Bürokratie wird generell als eines der grössten Konjunkturrisiken angesehen. Im Schnitt erstatten rund 53 Prozent der befragten Unternehmen über Nachhaltigkeitsbelange im Umfang von etwa 30 Seiten pro Jahr Bericht. Grosse Firmen sind exponentiell stärker betroffen, wobei die administrative Last über die Lieferketten weitergegeben wird und damit insbesondere zuliefernde KMU betrifft. Exportorientierte Unternehmen rapportieren ausserdem fast doppelt so viel wie Unternehmen, die primär auf den inländischen Markt ausgerichtet sind. Basierend auf diesen Zahlen hat economiesuisse hochgerechnet, dass in der Schweiz pro Jahr bis zu 1,5 Millionen Seiten an Nachhaltigkeitsberichten produziert werden – aufeinandergestapelt wäre das immerhin mehr als ein Prime Tower an Papier. Konservativ geschätzt beschäftigt dies mehrere Zehntausend Arbeitskräfte und verursacht mehrere Hundert Millionen Franken an Umsetzungskosten pro Jahr, wobei hier erhebliche Schätzungenauigkeiten bestehen.
- Bürokratie wird damit zu einer signifikanten «Transitionsbremse» auf dem Weg zu einer noch nachhaltigeren Wirtschaft und verschärft auch andere Probleme wie den Arbeitskräftemangel. Die Wirtschaft steht hinter ihren ambitionierten Zielen. Um diese erreichen zu können, muss jedoch Wirkung konsequent vor Papier stehen und die Unternehmen brauchen Unterstützung auf ihrem Weg zur Transition, statt dass ihnen Steine in den Weg gelegt werden.

1 Worum geht es?

Nachhaltigkeit ist ein wesentlicher Treiber der Schweizer Unternehmen. Die Wirtschaft hat sich zusammen mit der Gesellschaft das Ziel gesetzt, bis 2050 klimaneutral zu werden. Auch in vielen anderen «ESG»-Bereichen¹ haben sich Unternehmen ambitionierte Ziele gesetzt. Diese zu erreichen ist ein Kraftakt. Die Herausforderungen sind so gross, dass sich Wirtschaft und Gesellschaft keine Reibungsverluste bei der Umsetzung leisten können. In letzter Zeit hat die Diskussion um Kosten und Nutzen von Nachhaltigkeitsberichterstattung an Intensität gewonnen, dies nicht nur in der Schweiz, sondern gerade auch in der EU. Hintergrund sind neue Regulierungen und wachsende Anforderungen, wie dies ausführlich in Kapitel 2 erläutert wird. Exemplarisch hierfür steht die EU-Taxonomie, die in über 600 Seiten Gesetzestext versucht, nachhaltiges Wirtschaften in ein Regelwerk zu fassen und zu definieren. In der Schweiz wird derzeit nicht nur die Ausweitung der Berichterstattungspflichten diskutiert, hinzu kommt auch die kürzlich erneut lancierte Konzernverantwortungsinitiative, die mit ihren Forderungen unweigerlich zu einem weiteren, starken Anstieg von administrativem Aufwand führen wird. Unternehmen sehen sich zunehmend gefordert, ihre nachhaltigen Praktiken transparent nachzuweisen – grundsätzlich eine positive Entwicklung, da es die Verantwortung und das Engagement für Nachhaltigkeit verstärkt. Doch Reporting und die damit verbundenen Aufwendungen werden immer mehr zu einer Herausforderung an sich und binden Ressourcen, welche für die nachhaltige Transition dringend benötigt werden.

Bürokratie stellt ein bekanntes und zunehmendes Problem dar. Gemäss dem vom SECO beauftragten Bürokratiemonitor 2022² wenden KMU in der Schweiz jährlich rund 6,3 Milliarden Franken für regulierungsbedingte administrative Aufwände auf – mehr als die Schweiz momentan für die Armee ausgibt. Besonders stark betroffen sind Unternehmen in Bereichen wie Bauvorhaben, Import und Export oder bei der Beschaffung von Bewilligungen.

Es bleibt die Frage, wie viel zusätzliche Bürokratie und Regulierungslast Unternehmen noch tragen können, ohne die Nachhaltigkeitsziele zu gefährden und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit aufs Spiel zu setzen. Um diese Frage zu beantworten, braucht es zunächst belastbare Grundlagen. economiesuisse hat deshalb eine Unternehmensumfrage durchgeführt. Ziel war es, den tatsächlichen Umfang sowie die finanziellen und personellen Aufwände zu ermitteln, die mit der Umsetzung der Nachhaltigkeitsanforderungen heute schon in der Schweiz einhergehen. Die Umfrageergebnisse sind in Kapitel 3 enthalten. Darauf basierend hat economiesuisse Hochrechnungen angestellt, um gesamtwirtschaftliche Trends darstellen zu können.

2 Regulatorische Entwicklungen

«Es mutiert mehr und mehr zu einem Papiertiger!»

Umfrageteilnehmer

Nachhaltigkeitsregulierung schafft Rechtssicherheit, treibt Entwicklungen voran und stärkt das Vertrauen von Investoren und Konsumenten in die Unternehmen und Märkte. Zentral dabei ist, dass sie die Basis für die Vergleichbarkeit der Nachhaltigkeitsaktivitäten der Unternehmen schafft. Problematisch wird der regulatorische Trend jedoch, wenn die Politik keinen Konsens zu förderlichen Massnahmen zu schaffen vermag und stattdessen immer stärker auf umfangreiche Regulierung, Berichterstattung und Datensammlung gesetzt wird – anstatt auf echte Wirkung.

Dies führt dazu, dass Unternehmen erhebliche Ressourcen in die Erfüllung immer komplexerer Compliance-Vorgaben investieren müssen. Der Auf-

→ ¹ ESG steht für «Environmental, Social, and Governance» und bezieht sich auf die ganzheitliche Betrachtung ökologischer, sozialer und unternehmerischer Nachhaltigkeitsaspekte.

→ ² Staatssekretariat für Wirtschaft SECO: [Bürokratiemonitor 2022](#).

wand geht oftmals zulasten von Innovations- und Projektbudgets, was die Entwicklung neuer Produkte und Lösungen bremst, insbesondere solche, die auf Klima- oder Umweltziele einzahlen würden. Im Folgenden wird summarisch auf die regulatorischen Entwicklungen in der Schweiz, der EU und den USA eingegangen.

Schweiz

Die Nachhaltigkeitsregulierung in der Schweiz basiert in wesentlichen Teilen auf dem indirekten Gegenvorschlag zur damaligen Unternehmensverantwortungsinitiative, der seit Januar 2022 in Kraft ist. Dieser verpflichtet grosse Unternehmen, ab dem Geschäftsjahr 2023 über zentrale Aspekte ihrer Geschäftstätigkeit zu berichten, darunter Umwelt- und Sozialbelange, Arbeitnehmerrechte, Menschenrechte sowie Massnahmen zur Korruptionsbekämpfung. Die Bestimmungen orientieren sich an der vormaligen EU-Regulierung zur nichtfinanziellen Berichterstattung. Unternehmen mit Risiken im Zusammenhang mit Kinderarbeit oder Konfliktmineralien unterliegen zusätzlichen Berichts- und Sorgfaltspflichten. Ergänzend dazu verlangt die Verordnung zur Klimaberichterstattung ab 2024 einen Transitionsplan gemäss internationalem TCFD-Standard (Task Force on Climate-Related Financial Disclosures).

Neben den verpflichtenden Vorgaben spielen freiwillige Massnahmen eine bedeutende Rolle. So beteiligen sich immer mehr Schweizer Unternehmen an Initiativen wie der Science Based Targets Initiative (SBTi), um wissenschaftlich fundierte Reduktionsziele umzusetzen. Stand heute haben sich 240 Schweizer Unternehmen angeschlossen, darunter 15 von 20 SMI-Unternehmen. Die Erreichung dieser freiwilligen Ziele kann ebenfalls zu erheblicher Bürokratie führen, da Unternehmen umfassende Daten, beispielsweise zu klimarelevanten Aspekten entlang ihrer gesamten Wertschöpfungskette (sogenannte «Scope 3»-Emissionen), vorhalten müssen. Zulieferer aller Grössen müssen deshalb umfassende Reportings erstellen. Das gleiche Phänomen ist im Bereich Sustainable Finance zu erkennen – sollen Finanzprodukte transparent die mit ihnen verbundene Klimawirkung aufzeigen, benötigt es umfassende Daten über die ganze Lieferkette hinweg. Diese Daten zu generieren, zu pflegen und auszuwerten ist sehr aufwendig.

Die Schweizer Nachhaltigkeitsregulierung verfolgt grundsätzlich einen prinzipienbasierten Ansatz, der im Vergleich zur stärker detailregulierten EU auf Flexibilität abzielt. Gleichzeitig ist aber auch in der Schweiz ein Trend zu immer detaillierteren Vorschriften erkennbar. Der bundesrätliche Vorschlag zur Weiterentwicklung der Berichterstattungspflichten nach EU-Vorbild sowie neue Bestimmungen zur Vermeidung von «Greenwashing» im Lauterkeitsrecht (UWG) sind Beispiele hierfür und erhöhen die Anforderungen an Unternehmen substantiell.

Die Schweiz steht vor der Herausforderung, internationale Standards und die Vorgaben der EU zu berücksichtigen, ohne die Regulierungskosten unverhältnismässig zu steigern oder die Wettbewerbsfähigkeit zu gefährden.

Europäische Union

Die Berichterstattungspflichten im Bereich Nachhaltigkeit sind aktuell ein Politikum in der EU. Dort sind unter anderem im Rahmen des «Green Deals» umfassende Berichterstattungspflichten erlassen worden. Befragte Schweizer Unternehmen berichten denn auch, dass der Export in die EU inzwischen komplizierter sei als in die USA. Europa ist naturgemäss der wichtigste Absatzmarkt für Schweizer Exportgüter. Ein möglichst einfacher Marktzugang ist deshalb entscheidend. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass der «Green Deal» nicht Bestandteil der Bilateralen III ist, wodurch die Schweiz nicht an diese Regelungen gebunden ist. Gleichzeitig ist in der EU aktuell vieles im Fluss – ein «Umdenken» bezüglich Bürokratie ist erkennbar.

«Die Schweiz verschläft das Thema [Überregulierung] komplett.»

Umfrageteilnehmer

Zu den drei Kernregelwerken der EU-Nachhaltigkeitsregulierung zählen die Taxonomie, das Rahmenwerk zur Klassifizierung nachhaltiger Aktivitäten sowie die Richtlinien zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) und der zu den unternehmerischen Sorgfaltspflichten (CSDDD) – auch bekannt als Lieferkettenrichtlinie.

Die CSRD, die 2023 verabschiedet wurde, verpflichtet Unternehmen ab 2024, ihre Nachhaltigkeitsdaten nach den European Sustainability Reporting Standards (ESRS) offenzulegen. Die CSRD führt das Konzept der doppelten Wesentlichkeit ein, bei dem Unternehmen sowohl die Auswirkungen von Umwelt- und Sozialfaktoren auf ihr Geschäftsmodell als auch ihren eigenen Einfluss auf Umwelt und Gesellschaft darstellen müssen. Zudem wird eine externe Prüfpflicht eingeführt und Nachhaltigkeitsinformationen müssen im Lagebericht veröffentlicht werden. Mit der CSRD wurden die Reportingpflichten innerhalb der EU deutlich ausgeweitet und auch börsennotierte KMU fallen ab 2026 unter die Vorschriften.

Darauf aufbauend schreibt die Lieferkettenrichtlinie (CSDDD), die im Sommer 2024 in Kraft trat, Sorgfaltspflichten in Bezug auf Umwelt- und Menschenrechte entlang der gesamten Wertschöpfungskette vor. Unternehmen sollen gemäss dieser Regulierung präventive Massnahmen umsetzen und über Geschäftspartner berichten. Bei Verstössen drohen empfindliche Strafen von bis zu fünf Prozent des Jahresumsatzes. Zudem müssen Unternehmen einen Übergangsplan zum 1,5-°C-Ziel des Pariser Klimaabkommens erstellen. Sowohl die CSRD als auch die CSDDD gelten auch für Drittstaatsunternehmen, wenn diese einen gewissen Umsatz in der EU erzielen.

Ein weiteres Beispiel ist die Europäische Entwaldungs-Verordnung (EUDR), die ebenfalls Berichterstattungspflichten mit sich bringt. Betroffene Unternehmen werden hierbei verpflichtet, detaillierte Informationen zu Produkten, deren Menge, Erzeugerland und sogar die Geolokalisierung aller betroffenen Grundstücke – inklusive präziser GPS-Koordinaten – bereitzustellen. Allein für die Erfassung von Alltagsnahrungsmitteln werden bis zu 150'000 Datenpunkte (sogenannte «Polygone») von den Unternehmen eingefordert. Die enorme Datenanforderung verdeutlicht den unverhältnismässig hohen bürokratischen Aufwand. Dabei bezweifeln interne Stimmen, ob die EU die riesigen Datenmengen in dem erst noch aufzubauenden, europaweiten Informationssystem überhaupt verarbeiten kann.

«Realwerte des CO₂-Verbrauchs jedes einzelnen Teils aus China zu erhalten ist eine Sisyphus-Arbeit, die mehr CO₂ verbraucht als die Teile selber!»

Umfrageteilnehmer

Zuletzt ist auch der Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) zu nennen, der von den Umfrageteilnehmern häufig kritisch erwähnt wurde. Dieser zielt darauf ab, eine Art «Zoll» auf emissionsintensive Produkte aus dem Ausland zu erheben und so einen fairen Wettbewerb mit EU-Produkten zu sichern, die bereits CO₂-Kosten berücksichtigen. Unternehmen müssen dafür detaillierte CO₂-Daten für Produkte wie Stahl, Aluminium und Zement sammeln – nicht nur für ihren eigenen CO₂-Ausstoss, sondern auch für den ihrer Zulieferer und sämtlicher Produktionsstufen. Das bringt Herausforderungen mit sich. Gleichzeitig ist anzumerken, dass das Grundanliegen des CBAM von gewissen Unternehmen auch begrüsst wird. Insbesondere zum Schutz vor ungleicher Konkurrenz durch Produkte, die in Ländern mit weniger ambitionierter Klimapolitik produziert werden, sowie zur Vermeidung der Abwanderung klimaintensiver Industrien (sog. «Carbon Leakage») müssen Lösungen gefunden werden.

«Wir müssen für unsere Kunden in der EU Reportings erstellen, obwohl wir als Firma selbst nicht darunterfallen. Die Politik glaubt immer noch, dass es nur die grossen Konzerne betrifft.»

Umfrageteilnehmer

Auch wenn viele Regulierungen primär Grossunternehmen betreffen, werden KMU mittelbar über die Lieferketten oft miteingefasst. In verschiedenen Studien wie der Regulierungsfolgenabschätzung³ des SECO zum Nachvollzug der CSRD wurde bereits ausgerechnet und belegt, dass eine grosse Anzahl von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) indirekt von Schweizer, aber auch europäischen Nachhaltigkeitsregulierungen betroffen sind. Schätzungen zufolge betrifft allein die CSRD rund 50'000 Schweizer Unternehmen indirekt. Gerade kleinere Betriebe und Zulieferer geraten zunehmend unter Druck, da sie für ihre Kunden Daten bereitstellen müssen, um deren Berichtspflichten zu erfüllen.

Es ist vor diesem Hintergrund positiv, dass auch die Politik in Europa erkannt hat, dass die wachsende Zahl an regulatorischen Anforderungen zur Herausforderung wird. Der Draghi-Report zur Wettbewerbsfähigkeit Europas, veröffentlicht im Herbst 2024, stiess auf breite Resonanz. Seine Botschaft ist klar: Europäische Unternehmen brauchen weniger Bürokratie und mehr Raum für Innovation. Im Rahmen der Budapest-Konferenz kündigte die EU-Kommission einen Monat später an, 25 Prozent der Regulierungen abschaffen zu wollen.⁴ Bereits im ersten Halbjahr 2025 sollen konkrete Vorschläge vorgelegt werden, um den Melde- und Verwaltungsaufwand – insbesondere für KMU – spürbar zu reduzieren.

Ein zentraler Bestandteil dieser Reformpläne ist die sogenannte «Omnibus-Regulierung», die das unübersichtliche Regelwerk der EU-Taxonomie, der Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) und der Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) vereinheitlichen und vereinfachen soll. Das erste Paket dieser Vereinheitlichung wird bereits im Februar 2025 erwartet. Ziel ist es, Redundanzen und Überschneidungen zu beseitigen, um die Regulierungen effizienter zu gestalten. Ob dies tatsächlich Entlastung bringt, bleibt jedoch offen und das politische Ringen ist gross.

«... die Kettensäge anzuwerfen und das ganze Ding wegzubolzen.»⁶

Robert Habeck

Die schleppende Umsetzung der bestehenden Vorgaben zeigt aber bereits jetzt die Grenzen des Systems: Gegen 17 EU-Mitgliedsstaaten wurden Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, weil die CSRD noch nicht in nationales Recht umgesetzt wurde.⁵ Das zeigt, dass selbst Regierungen zunehmend mit den komplexen und überbordenden Regulierungen überfordert sind oder sie innenpolitisch unter Druck stehen, die Wirtschaft nicht durch weitere Regulierungen zu belasten. Auch aus Deutschland reist die Kritik nicht ab. Ausgerechnet der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck forderte mit Blick auf das Lieferkettengesetz drastische Vereinfachungen und eine Reduktion der Bürokratie, die Unternehmen zunehmend lähmt.

→ ³ Bundesamt für Justiz BJ und Staatssekretariat für Wirtschaft SECO (2024): [RFA zum Nachvollzug der EU- Richtlinie zur unternehmerischen Nachhaltigkeitsberichterstattung](#).

→ ⁴ Europäischer Rat, Pressemitteilung vom 8. November 2024. Erklärung von Budapest zum Neuen Deal für die europäische Wettbewerbsfähigkeit. <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/11/08/the-budapest-declaration/>

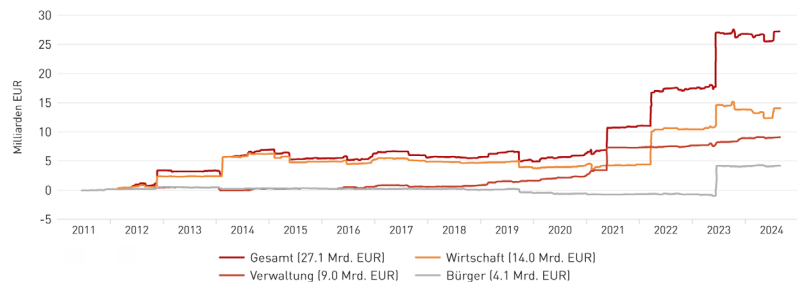
→ ⁵ Europäische Kommission, Pressemitteilung vom 26. September 2024. Entscheidungen in Vertragsverletzungsverfahren. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/inf_24_4661

→ ⁶ BGA-Unternehmertag vom 2. Oktober 2024 u.a mit Olaf Scholz, Robert Habeck und Dirk Jandura. Zitat. [Youtube Lifestream Minute 43:50](#).

Gerade in Deutschland wird Bürokratie je länger je mehr als ein erhebliches Problem anerkannt, doch ihre Auswirkungen sind schwer genau zu quantifizieren. Schätzungen⁷ zeigen jedoch, dass die bürokratischen Anforderungen für Unternehmen mit erheblichen Kosten verbunden sind (siehe Abbildung). Dies führt zu einem zunehmenden politischen Druck, geeignete Lösungen zu entwickeln.

Anstieg in Sprüngen – Entwicklung der Bürokratiekosten in Deutschland

► Aufwand, um neue gesetzliche oder bürokratische Anforderungen zu erfüllen, Deutschland, 2011–2024, in Mrd. Euro



Quelle: NKR Deutschland
www.economiesuisse.ch

USA

Auch ausserhalb Europas gibt die EU-Regulierung Anlass zur Diskussion. Die Anti-ESG-Bewegung in den USA⁸ hat den Druck auf europäische Vorhaben wie das Lieferkettengesetz erhöht und massgeblich zu diesem Richtungswechsel beigetragen. Die Präsidentin und CEO der US-amerikanischen Handelskammer appellierte in einer Gastkolumne («Financial Times») an die US-Politiker: «America must act to avoid Eurosclerosis.»⁹ Unter der scharfen Kritik, vor allem seitens der Republikaner, hat sich der US-Kongress bereits mit den Auswirkungen des EU-Lieferkettengesetzes befasst. Es zeigt sich bereits, dass Präsident Trump in seiner neuen Amtszeit auf eine verstärkte wirtschaftliche Deregulierung setzen möchte und gleichzeitig bereit ist, eine deutliche Wende in der Klimapolitik zu vollziehen. So beschloss er, aus dem Pariser Klimaabkommen auszutreten und den US-amerikanischen «Green New Deal» zu stoppen, um verstärkt fossile Brennstoffe zu fördern.

Dabei hatte die US-amerikanische Securities and Exchange Commission (SEC) erst im März 2024 neue Vorschriften zur Offenlegung klimabezogener Risiken erlassen. Unternehmen sollen neu verpflichtet werden, wesentliche klimabezogene Risiken zu identifizieren und offenzulegen, wobei sowohl physische Risiken (z.B. durch extreme Wetterereignisse) als auch Übergangsrisiken im Hinblick auf die Anpassung an eine kohlenstoffarme Wirtschaft berücksichtigt werden müssen. Republikanische Kongressmitglieder kritisierten jedoch die SEC-Vorschläge, und mehrere Bundesstaaten planen rechtliche Schritte dagegen.

Auch der Environmental Protection Agency (EPA), die Umweltfragen wie Emissionsstandards und Schadstoffüberwachung regeln soll, wurden in den letzten Jahren einige Kompetenzen entzogen. Einzelne Bundesstaaten, insbesondere Kalifornien, haben eigene Gesetze zur Offenlegung von Treibhausgasemissionen und klimabezogenen Risiken erlassen, wodurch ein differenzierter regulatorischer Rahmen auf Bundes- und Bundesstaatsebene entstanden ist.

→ ⁷ Deutscher Bundestag (Oktober 2024): Unterrichtung durch den Nationalen Normenkontrollrat (NKR): Jahresbericht 2024 des NKR. Gute Gesetze. Digitale Verwaltung. Weniger Bürokratie. Momentum nutzen, Wirkung steigern. Drucksache 20/13600.

→ ⁸ Die Anti-ESG-Bewegung in den USA lehnt die Berücksichtigung von ESG-Kriterien bei Investitionsentscheidungen ab, da sie finanzielle Nachteile und Einschränkungen für Unternehmen und Anleger befürchtet; siehe bspw. [Harvard Business Review](#).

→ ⁹ «Financial Times» [Web-Article](#) vom 3. Oktober 2024.

3 Umfrageergebnisse und Schätzungen

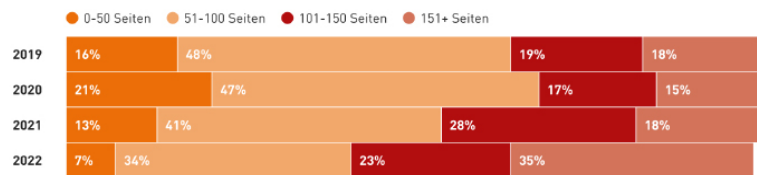
Internationale Erkenntnisse

Internationale Studien belegen den erheblichen Aufwand durch Nachhaltigkeitsregulierung. So erstellen in Deutschland gemäss einer Studie des TÜV immerhin 28 Prozent der KMU einen Nachhaltigkeitsbericht. Unternehmen aus Industrie, Bau oder Verkehr sind hierbei deutlich stärker vertreten als der Dienstleistungs- und Handelssektor. Ähnlich zeigt eine Studie der ZHAW, dass der Anteil der Schweizer Unternehmen, die Nachhaltigkeitsberichte verfassen, stark von der Unternehmensgrösse abhängt. Hier berichten 76 Prozent der Unternehmen mit über 1000 Mitarbeitenden, während nur 30 Prozent der kleineren Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitenden diese Praxis umsetzen. Diese Ergebnisse sind vergleichbar mit der Situation in Deutschland.

Die Berichterstattung selbst wird immer umfangreicher: Multinationale Unternehmen berichten gemäss World Business Council for Sustainable Development¹⁰ im Schnitt 160 Seiten, wobei ein Trend zu immer längeren Berichten (150 Seiten +) zu beobachten ist. Die Seitenzahl ist in den letzten Jahren so massiv gestiegen, dass ESG-Reporte vielerorts bereits umfangreicher sind als Finanzberichte. Blickt man auf die börsennotierten Unternehmen in der Schweiz, zeigen die Berichte der SMI-Unternehmen einen Durchschnitt von 108 Seiten, während die SPI-Unternehmen im Schnitt 62 Seiten umfassen.

Trend zu immer umfangreicheren Berichten

► Anzahl Seiten von «stand-alone» Nachhaltigkeitsberichten (% der Berichte), basierend auf der Analyse von 154 Berichten weltweit (WBCSD-Mitgliedsunternehmen)



Eine Prozentwerte können aufgrund von Rundungen insgesamt 99 oder 101 ergeben.

Quelle: WBCSD «Reporting Matters, 2022»
www.economiesuisse.ch

Umfrageergebnisse

Die von economiesuisse durchgeführte Umfrage beleuchtet erstmals den tatsächlichen Aufwand, den Schweizer Unternehmen in die Nachhaltigkeitsberichterstattung investieren. Die Umfrage wurde im Herbst 2024 durchgeführt, wobei 431 Unternehmen und Organisationen aus allen Landesteilen der Schweiz teilnahmen, darunter die konsolidierten Rückmeldungen von 26 Branchenverbänden.

Im Fokus standen drei zentrale Fragen:

- Wie viele Seiten an ESG-Reporting und anderen Nachhaltigkeitsdaten wurden im vergangenen Jahr erstellt?
- Wie viele Arbeitskräfte werden dafür beschäftigt?
- Welche Kosten fielen insgesamt für Datensammlung und Berichterstellung an?

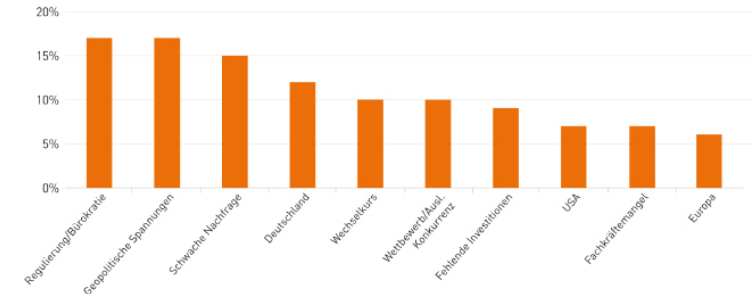
ESG-Reporting wurde bewusst nicht näher definiert. Gemeint ist jegliches Reporting über ESG-Belange, ob es durch direkte Regulierung, mittelbare Auswirkung von Regulierung oder aber auch freiwillige Standards bedingt wird.

→ ¹⁰ World Business Council for Sustainable Development (2022). [Reporting matters 2022](#).

Die Ergebnisse zeichnen ein klares Bild: Der bürokratische Aufwand rund um Nachhaltigkeitsberichte hat grosse Ausmasse erreicht. Dies erklärt, dass Bürokratie von den Unternehmen inzwischen – neben «geopolitischen Spannungen» – als das grösste Konjunkturrisiko eingeschätzt wird.

Regulierung und Bürokratie: Aktuelles Top-Risiko

Die zehn grössten Konjunkturrisiken aus Sicht Schweizer Unternehmen

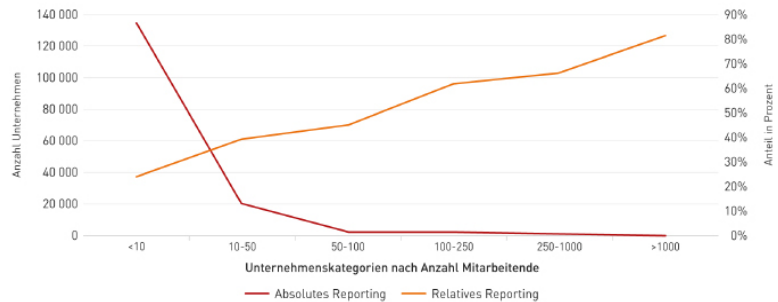


Quelle: Umfrage economiesuisse, November 2024
www.economiesuisse.ch

Insgesamt reporten rund 160'000 Unternehmen in der Schweiz ESG- und andere Nachhaltigkeitsdaten. So gaben 24 Prozent der Unternehmen mit weniger als zehn Mitarbeitenden – also etwa jedes vierte Kleinunternehmen – an, Bericht zu erstatten. Mit hochgerechnet insgesamt 130'000 Schweizer Unternehmen stellt diese Gruppe damit die am stärksten vertretene Kategorie dar. Diese Ergebnisse könnten jedoch durch die Weitergabe von Reportingpflichten innerhalb der Lieferketten noch deutlich ansteigen. Ebenso bilden die Kleinunternehmen eine sehr spezifische Zielgruppe, da es sich bei einem Grossteil von ihnen um Einzelunternehmen handelt. Bei den Grossunternehmen gaben 81 Prozent an, Bericht zu erstatten.

Kleine Unternehmen sind anteilmässig besonders stark betroffen

Absolute und relative Anteile berichterstattender Unternehmen nach Grösse



Quelle: Hochrechnungen basierend auf Umfrage economiesuisse, November 2024
www.economiesuisse.ch

Im Folgenden werden die Umfrageergebnisse zu Kosten, Seiten und Anzahl Beschäftigte präsentiert, wobei jeweils der Median ausschliesslich für die berichtenden Unternehmen ermittelt wurde.

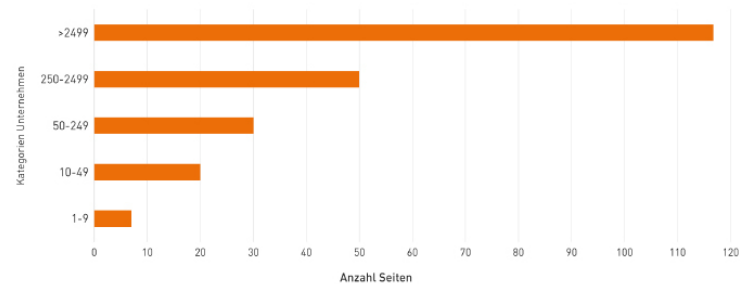
Anzahl Seiten

Die Anzahl an Seiten Berichterstattung betroffener Schweizer Unternehmen liegt im Median bei rund 30 Seiten pro Jahr – im Durchschnitt sogar bei über 90 Seiten. Besonders auffällig sind die Unterschiede je nach Unternehmensgrösse. Kleinere Unternehmen, insbesondere solche mit weniger als zehn Mitarbeitenden, erstellen eine bis zehn Seiten Reporting, mittelgrosse Unternehmen (50 bis 249 Mitarbeitende) kommen im Mittel auf etwa 30 Seiten.

Spitzenreiter sind grosse Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitenden: Sie erstellen jährlich über 100 Seiten Berichterstattung.

Papieraufwand nach Unternehmensgrösse

► Anzahl Seiten an Reporting pro Unternehmenskategorie nach Mitarbeitendenzahl (Medianwerte)



Quelle: Umfrage economiesuisse, November 2024
www.economiesuisse.ch

Exportorientierte Unternehmen erstellen mit einem Median von etwa 50 Berichtsseiten nahezu doppelt so umfangreiche Berichte wie ihre nicht exportierenden Pendanten, deren Umfang bei rund 30 Seiten liegt. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch zwischen den Branchen: Industrieunternehmen berichten im Median mit rund 50 Seiten, während Dienstleistungsunternehmen auf etwa 30 Seiten kommen.

Kosten

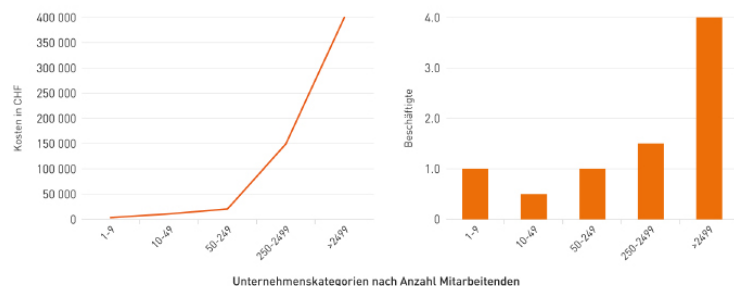
Die Kosten im Zusammenhang mit der Berichterstattung variieren ebenfalls je nach Unternehmensgrösse. Kleine Unternehmen mit weniger als zehn Mitarbeitenden wenden jährlich mehrere Tausend Franken für die Erstellung von Nachhaltigkeitsberichten auf – mittelgrosse Unternehmen mit bis zu 249 Mitarbeitenden investieren im Mittel um die 10'000 Franken jährlich. Sehr grosse Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitenden geben dagegen bereits etwa eine halbe Million Franken pro Jahr für ihre Nachhaltigkeitsberichterstattung aus.

Anzahl Beschäftigte

Die Umfrage zeigt zudem Unterschiede im personellen Aufwand zwischen kleineren bis mittleren und sehr grossen Unternehmen. Bei den kleineren Unternehmen beschäftigt sich meistens eine Person mit der Nachhaltigkeitsberichterstattung. Bei mittelgrossen Unternehmen, die zwischen 50 und 249 Mitarbeitende beschäftigen, sind es im Mittel etwa drei Personen. Bei grossen Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitenden liegt der Personaleinsatz deutlich höher: Hier sind rund vier Arbeitskräfte damit beschäftigt, die umfangreichen Berichterstattungspflichten zu bewältigen.

Kosten und Arbeitsaufwand steigen relativ zur Unternehmensgrösse

► Verteilung der Kosten und Anzahl Nachhaltigkeitsbeauftragte nach Unternehmenskategorie (Medianwerte)



Quelle: Umfrage economiesuisse, November 2024
www.economiesuisse.ch

Hochrechnung

Gesamte Anzahl an Seiten, Kosten, und Aufwänden

Abgestuft nach Unternehmensgrösse wurde eine Hochrechnung vorgenommen: Insgesamt kommen schweizweit rund 1,5 Millionen Seiten an ESG-Reporting und anderen Nachhaltigkeitsdaten zusammen.¹¹ Diese Zahl berücksichtigt, dass kleinere Unternehmen im Durchschnitt weniger Seiten erstellen. Das Ergebnis entspricht einem Papierstapel von rund 150 Metern Höhe, basierend auf einer durchschnittlichen Papierdicke von 0,1 Millimeter pro Seite. Extrapoliert auf die ganze Schweiz, lägen die volkswirtschaftlichen Kosten bei rund einer Milliarde Franken und der Arbeitsbedarf bei rund 150'000 Beschäftigten pro Jahr.

Annahmen und Limitationen der Schätzung

Die Hochrechnungen sind mit grossen Unsicherheiten behaftet, da Unternehmen diese Zahlen nicht systematisch erheben. Daher sind sie schwer zu quantifizieren und könnten von einem «Ärger-Bias» überlagert sein.¹² Obwohl die Stichprobengrösse mit über 400 Unternehmen und Verbänden relativ gross ist, ist die Stichprobengrösse für einzelne Kategorien zu klein, um insgesamt zuverlässige Aussagen zu treffen. Die Ungenauigkeit ist bei Kleinstunternehmen (<10 Arbeitnehmende) mutmasslich besonders hoch, wirkt sich aber gleichzeitig stark auf die Ergebnisse aus, da diese Unternehmen zahlenmässig erheblich ins Gewicht fallen. Gleichzeitig ist anzunehmen, dass in Kleinstunternehmen die Arbeitspensen erheblich variieren können, da vermutlich nicht mit Vollzeitäquivalenten, sondern mit der Anzahl der «mit Nachhaltigkeitsberichterstattung Beschäftigten» gerechnet wurde. Zudem werden Nachhaltigkeitsaufgaben oftmals im Rahmen bestehender Tätigkeiten von Mitarbeitenden übernommen. Die Erhebung von Daten wird zusätzlich durch die Komplexität internationaler Lieferketten und unterschiedliche Standards erschwert. Auch unscharfe Definitionen (z.B. was genau unter «Nachhaltigkeitsberichterstattung» fällt) beeinträchtigen die Vergleichbarkeit.

Aus diesen Gründen und mit den internationalen Erkenntnissen im Blick schätzen wir konservativ, dass «mehrere Zehntausend» Arbeitskräfte mit der Nachhaltigkeitsberichterstattung beschäftigt sind¹³ und die Kosten auf «mehrere Hundert Millionen» Franken pro Jahr, obwohl die Umfrage auf wesentlich höhere Belastung hindeutet. Weitere Forschung zur besseren Quantifizierung von Ausmass und Auswirkungen der Berichterstattung ist notwendig.

«Die Definitionen von Begriffen wie <grün>, <CO₂-neutral> oder <klimaneutral> sind gerade maximal unübersichtlich.»

Umfrageteilnehmer

→ ¹¹ Die Schätzung wurde erstellt, indem die Medianzahl der Seiten pro Unternehmenskategorie mit der Anzahl der Unternehmen, die Berichte erstellen, in jeder Kategorie multipliziert und die Ergebnisse summiert wurden.

→ ¹² Betroffene Unternehmen könnten die Belastung subjektiv als sehr hoch wahrnehmen und deshalb, mangels systematisch erhobener Zahlen, zu hohen Schätzungen tendieren.

→ ¹³ Mutmasslich und insbesondere bei KMU nicht Vollzeitäquivalente.

«Der entsprechende Aufwand an Bürokratie und Formularen ist für den Mittelstand tödlich.»

Umfrageteilnehmer

«Die Ressourcen, die wir für das Nachhaltigkeitsreporting aufwenden, könnten besser in konkrete Nachhaltigkeitsprojekte investiert werden, mit denen auch wirklich etwas bewirkt wird.»

Umfrageteilnehmerin

Diskussion

Die Umfrageergebnisse sowie die Hochrechnungen von *economiesuisse* zeigen grosse Übereinstimmungen mit internationalen Studien.¹⁴ Dass grössere Unternehmen mehr Bericht erstatten müssen als kleine überrascht nicht, da diese allein aufgrund des grösseren Ausmasses ihrer Geschäftstätigkeiten und ihrer Zielmärkte in der Regel mehr Daten erheben müssen, um den regulatorischen Anforderungen gerecht zu werden. Industrieunternehmen sind oft stärker betroffen, weil sie ressourcenintensive Prozesse mit direkten Umweltauswirkungen haben und daher detailliertere Daten über ihre Produktion und Lieferkette erfassen müssen. Exportorientierte Firmen stehen zudem vor der Herausforderung, unterschiedliche internationale Standards zu erfüllen, was die Komplexität und die Kosten der Berichterstattung weiter erhöht. Diese Unternehmen müssen deutlich mehr Ressourcen aufwenden, sowohl in Bezug auf Personal als auch auf externe Berater, um den regulatorischen Anforderungen gerecht zu werden.

Trotz dieser Unterschiede gibt es eine interessante Gemeinsamkeit: Sowohl kleinere als auch grössere Unternehmen zeigen sich in Bezug auf die Bürokratie und den Aufwand für die Berichterstattung gleichermassen unzufrieden.

Die Umfrage und auch die Schätzungen veranschaulichen ein generelles Gefühl der Überlastung durch die regulatorischen Anforderungen, unabhängig von der Unternehmensgrösse. Dies obschon grössere Unternehmen über mehr Personal und Kapazitäten verfügen.

4 Ausblick

Die Bürokratie im Bereich Nachhaltigkeitsberichterstattung hat in der Schweiz bereits heute ein Niveau erreicht, das für viele Unternehmen eine grosse Herausforderung darstellt. Statt damit als unterstützender Rahmen zu wirken, wird sie zunehmend zur Transitionsbremse. Der Aufwand für Compliance, Berichterstattung und formale Nachweise wächst kontinuierlich, während gleichzeitig wertvolle Ressourcen gebunden werden, die dringend für Innovationen und nachhaltige Projekte benötigt würden. Die Wirtschaft hat erkannt, dass sie aktiv zur Lösung der ökologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen beitragen muss – doch die Komplexität der Regularien steht diesem Ziel zunehmend im Weg.

Unternehmerinnen und Unternehmer wünschen sich zunehmend eine Vereinfachung und Vereinheitlichung der regulatorischen Anforderungen, um ihre begrenzten Ressourcen effizienter einsetzen zu können.

Die Politik ist gefordert, den Sinn und Zweck der Regulierung – nämlich die Schaffung von Transparenz zur Förderung der Transition – konstant in den Augen zu behalten. Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es Unternehmen ermöglichen, transparent zu sein und ihre Kräfte auf konkrete Massnahmen zu konzentrieren. Das bedeutet:

- Verschlinkung der bestehenden Regulierung dahingehend, dass konsequent Wirkung über Papier gestellt wird. Lieber umfassende Transparenz zu den wichtigsten Datenpunkten mit einer genügenden Genauigkeit und tiefen Kosten als Scheingenauigkeit über eine Unzahl von Datenpunkten verbunden mit enorm hohen Kosten.
- Förderung von Harmonisierung, Plattformen, Standards und Tools, um effizientes Reporting im freiwilligen Bereich zu stärken. Hier ist auch die Wirtschaft gefordert, aktiv mitzuarbeiten.

→ ¹⁴ U.a.: World Business Council for Sustainable Development (2022) Reporting Matters; ZHAW Studie (2023) Nachhaltigkeit: Wo steht der Schweizer Mittelstand?; Teneo Consulting (2022): [What's ESG Got To Do With It? The Current State of U.S. Sustainability Reporting](#).

- Kritische Prüfung von neuer Regulierung auf ihr Kosten-Nutzen-Verhältnis für die ökologische, soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeit.¹⁵ Es reicht nicht, keinen «Swiss Finish» zu garantieren – die Schweiz muss einen Sonderweg effizienter Lösungen einschlagen.

Zusammengefasst geht es darum, den effizientesten, nicht den detailliertesten Weg zum Ziel einer nachhaltigen Transition zu verfolgen und die Unternehmen auf ihrem ambitionierten Weg zu unterstützen, statt ihnen unnötig Steine in den Weg zu legen.

KONTAKT

ALEXANDER KEBERLE

Mitglied der Geschäftsleitung, Bereichsleiter
Energie, Infrastruktur & Umwelt

alexander.keberle@economiesuisse.ch

LEA KLINGENBERG

Projektmitarbeiterin Umweltpolitik

lea.klingenberg@economiesuisse.ch

→ ¹⁵ Die Schweiz verfügt bereits über ein hierfür geeignetes Instrument in Form der Regulierungsfolgenabschätzung.